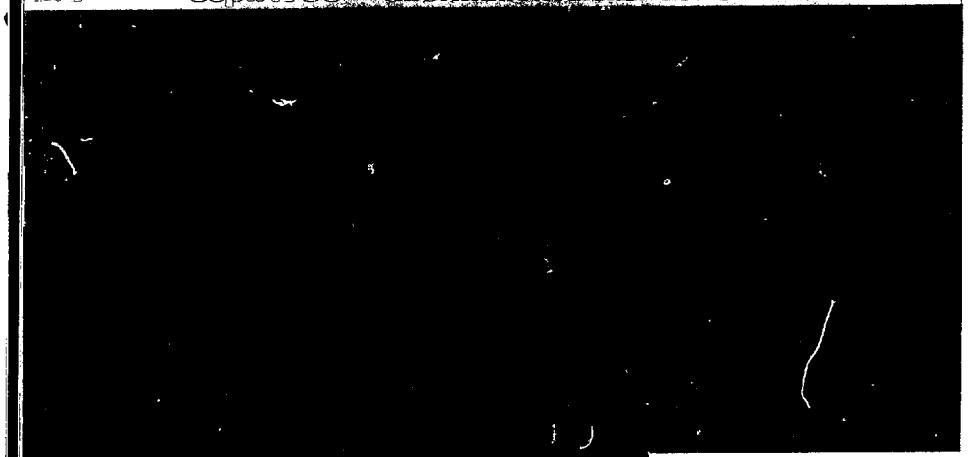
200 170 140 DIN 19 051 100 120

POLITIK

Nr 9 Sept. 1986 Informationsdienst der SPD



Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden – die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern.

Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25.-29.8.1986.

CB7-645

Inhalt

Nürnberger Aktionsprogramm:
Massenarbeitslosigkeit überwinden – Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern

I. Herausforderungen an Sozialdemokraten

II. Internationale Politik gegen die Krise

III. Für eine neue Politik der Arbeit

IV. Ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft

V. Unser Ja zur Technik: Den technischen Wandel sozial und human gestalten

VI. Die Wirtschaft demokratisieren

VII. Wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft

VIII. Steuer- und Verteilungspolitik – sozial gerecht, beschäftigungsorientiert und investitionsfreundlich

IX. Globalsteuerung wieder anpacken

X. Wir werden den Sozialstaat entschlossen verteidigen

Archiv der Sozialen Demokratie * Bibliothek * Bonn

C87-643

Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden – Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern

I. Herausforderungen an Sozialdemokraten

1. Die neokapitalistischen Konzepte der Konservativen führen in die Sackgasse

Die konservative Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat gezeigt, daß Massenarbeitslosigkeit und fortschreitende Umweltzerstörung, Realeinkommensverluste breiter Bevölkerungsschichten und Sozialabbau durch die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht spürbar zu verringern oder zu beseitigen sind.
Im Gegenteil: Die Politik von CDU/CSU und FDP verschärft die Arbeitslosigkeit, gefährdet den sozialen und politischen Frieden, schwächt die Demokratie und mißachtet die Erfordernisse zur Erhaltung der Umwelt. Millionen Menschen sind durch die konservativ-liberale Wendepolitik existentiell bedroht:

- Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit werden konfliktgeladener und spannungsvoller;
- das soziale Klima verschlechtert sich;
- die Rechte der Gewerkschaften werden eingeschränkt;
- die Einkommen der Arbeitnehmer und ihrer Familien kommen unter Druck;
- die Frauen werden konservativem Rollenverständnis entsprechend in die Familie zurückgedrängt;
- ausländische Mitbürger begegnen zunehmend offener Diskriminierung; durch Rückkehrförderung, Zuzugsbegrenzungen und Verschärfung des Ausländergesetzes sollen sie in ihre Heimatländer abgeschoben werden;
- die Armut in der Gesellschaft wächst, neue Armut der Arbeitslosen kommt hinzu;
- die Lage der alten Menschen verschlechtert sich;
- Behinderte, Kranke und sozial Schwache werden weiter ausgegrenzt;
- die Lebenschancen der Jugend werden eingeschränkt;
- der Verbraucherschutz wird abgebaut;
- Bildung und Ausbildung werden wieder ein Privileg der Bessergestellten und ihrer Familienangehörigen;
- unserem Land droht die Spaltung in wohlhabende und verarmte Regionen.

2. Unsere Wertorientierung

Die Idee des demokratischen Sozialismus hat das Ziel einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung, „einer Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann" (Godesberger Programm).
Die konkrete Gestaltung von Ziel und Weg muß unter den heutigen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu bestimmt werden. Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse müssen mit mittelfristigen Strukturreformen verknüpft werden.
Die politischen Zielvorstellungen der SPD ergeben sich aus den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. In der Wirtschaftspolitik orientieren wir uns deshalb daran:

- daß Freiheit notwendig ist, damit die Selbstentfaltung des einzelnen in sozialer Verantwortung möglich ist;
- daß Gerechtigkeit notwendig ist, damit Unterschiede in der wirtschaftlichen Entscheidungsmacht nicht zu Privilegierung und Unterdrückung führen;
- daß Solidarität notwendig ist, damit Schwächere Unterstützung, nicht Ausbeutung, erfahren.

Zu den Grundvoraussetzungen einer menschenwürdigen Gesellschaft gehört die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Sie ist notwendig, damit für uns und unsere Kinder die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden.
Die Entwicklung und Organisation der Wirtschaft bestimmt entscheidend alle Gesellschaftsbereiche und die Lebenschancen jedes einzelnen.
Die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gehen von dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen, deren Freiheit und Selbstentfaltung gerade im Prozeß der Produktion und des Konsums, aus. Rein materielles Produktions- und Absatzinteresse ist kein Maßstab für eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung. Wachstum ohne Rücksicht auf die ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der heutigen und der zukünftigen Menschheit ist kein Ziel des Wirtschaftens.
Wir wollen die Entfaltung aller Lebenschancen. Wirtschaftliche Tätigkeit hat ihre Aufgabe darin, diese Entfaltung frei von Hunger und Not zu sichern, sie ist aber kein Ziel für sich. Wirtschaftliches Interesse muß auf die Qualität aller Lebensbeziehungen gerichtet sein, wirtschaftliches Wachstum rechtfertigt sich aus seiner Qualität, nicht nur aus seiner Quantität. Menschliche Arbeit muß Teil der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung sein. Deshalb bleibt es zentrale Aufgabe, Fremdbestimmung durch Demokratisierung der Wirtschaft aufzuheben. Wirtschaftsdemokratie ist kein Element einer Wirtschaftsordnung neben anderen; Wirtschaftsdemokratie ist für uns das Prinzip einer Wirtschaftsordnung. Es steht folglich über anderen Elementen und Instrumenten. Die Produktivität der menschlichen Arbeit ist heute so gesteigert, daß jeder zu Wohlstand, intensiver Bildung und Weiterbildung, umfassender Beteiligung am politisch-sozialen Leben und kultureller Entfaltung gelangen könnte.
Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik darf sich nicht dem Wettlauf der Gewinnsteigerung, wirtschaftlicher Machtzusammenballung und der Wohlstandssicherung von „Eliten" auf Kosten breiter sozialer Schichten und anderer Länder unterordnen, sondern zielt auf die demokratische Gestaltung einer humanen Gesellschaft mit besseren sozialen und ökologischen Arbeits- und Lebensbedingungen.
Die Verwirklichung der Reformziele erfordert eine breite Zusammenarbeit

- mit den Gewerkschaften und sozialen Gruppen für mehr Beschäftigung, Humanisierung der Arbeit, Gleichstellung von Frauen und Männern und soziale Solidarität,
- mit den Umwelt- und Verbrauchergruppen zum Schutz unserer Umwelt und zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- mit der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt ist und an der Gestaltung gesellschaftlicher Reformen mitarbeitet.

3. Markt, staatliches Handeln, Sozialstaat und Wirtschaftsdemokratie sind als Grundelemente unserer Wirtschaftsordnung gleichermaßen unentbehrlich

Das gemischtwirtschaftliche Ordnungssystem, wie es in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, wollen wir reformieren und weiterentwickeln. Der Markt ist unentbehrlich als Antriebsmotor und Steuerungsprinzip für unzählige Einzelentscheidungen der Produzenten und Konsumenten. Aber der Markt hat auch Grenzen. Er befriedigt nur die mit Kaufkraft versehenen Bedürfnisse der Menschen und geht sparsam nur mit jenen Faktoren um, für die es Marktpreise gibt.
Der Markt schafft keine gerechte Verteilung von Lebens- und

Berufschancen, von Einkommen und Vermögen. Der Markt allein löst nicht das Problem der Arbeitslosigkeit. Der Staat muß ihn auf der Basis klarer politischer und gesetzlicher Vorgaben korrigieren und ergänzen; als Investor, als Arbeitgeber, mit öffentlichen Unternehmungen, mit den Mitteln einer gezielten und kontrollierten Wirtschaftsförderung, mit konkreter Beschäftigungspolitik, mit globaler Steuerung und Strukturpolitik. Die Marktwirtschaft ist nur tragbar und vernünftig, wenn der Sozialstaat dafür sorgt, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung gerecht wird und ein sicherer Schutz vor den großen Risiken der Einkommenslosigkeit in Notlagen, bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit und im Alter gewährleistet ist. Nur eine staatliche Gesetzgebung kann die Ausbeutung und Zerstörung der „freien Güter", also unserer Umwelt und unserer natürlichen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen, verhindern. Die Marktwirtschaft zerstört sich selbst, wenn es ökonomischen Interessengruppen gelingt, einen so großen Einfluß auf Politik und Verwaltung zu gewinnen, daß die unentbehrlichen Regelungsfunktionen des Staates außer Kraft gesetzt oder gar für private Privilegien mißbraucht werden.
Ohne einen starken Staat wird es deshalb keine funktionsfähige Markt- und Wettbewerbswirtschaft geben. Aber selbst, wo Marktwirtschaft und Wettbewerb funktionieren, rechtfertigt das nicht uneingeschränkte Herrschaftsrechte der Unternehmenseigentümer oder der von der Kapitalseite bestellten Unternehmensleitungen.
Deshalb fordern wir den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, in Unternehmen und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Mitbestimmung und Wettbewerb sind miteinander vereinbar. Marktwirtschaft bedarf der paritätischen Mitbestimmung.
Auch ein funktionierender Wettbewerb kann nicht verhindern, daß es in der Marktwirtschaft zu gesamtwirtschaftlichen sowie sektoralen und regionalen Krisen kommt. Ohne eine aktive staatliche Struktur-, Konjunktur- und Verbraucherpolitik führen diese zu unerträglichen Opfern für die Betroffenen.
Vollbeschäftigung, humane Gestaltung der Technik, Neuordnung der außenwirtschaftlichen Beziehungen, Umweltschutz und soziale Sicherheit sind nicht ohne einen gestaltungsfähigen Staat und ohne die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik zu erreichen. Da der Staat bereits heute am wirtschaftlichen Geschehen in großem Umfang teilnimmt, wollen wir Sozialdemokraten nicht mehr Staat. Für uns ist entscheidend, daß der Staat seine Gestaltungsmöglichkeiten effektiv nutzt, und mit welchen Inhalten und zu wessen Gunsten er aktiv wird. Wir fordern neue politische Zielsetzungen staatlichen Handelns, das sich an qualitativen Maßstäben der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität, an der Beschäftigungswirksamkeit, an der Sozial- und Umweltverträglichkeit und an fairer internationaler Zusammenarbeit orientieren muß. Wir Sozialdemokraten wollen deshalb nicht nur den Sozialstaat verteidigen, sondern die Funktionsfähigkeit des Staates verbessern und ihn reformieren.
Nur eine Wirtschaftsordnung, in der Markt, staatliches Handeln, Sozialstaat und Wirtschaftsdemokratie erhalten und verbessert werden, kann den sozialen Frieden sichern, der sich als wichtige Produktivkraft in der Vergangenheit erwiesen hat.

II. Internationale Politik gegen die Krise

4. Europa handlungsfähig machen

Wirksame Wirtschaftspolitik in nationalem Maßstab ist heute nur noch begrenzt möglich. Unsere Zukunft liegt im Wirtschaftsraum der Europäischen Gemeinschaft, in dem mehr Menschen leben als in den USA oder der Sowjetunion. Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 ist vereinbart. Dieser europäische Binnenmarkt wird unsere Existenzgrundlagen verbessern, wenn gleichzeitig auch wesentliche Rechtsangleichungen im Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz erreicht werden. Eine koordinierte Geld- und Finanzpolitik kann auf diesem Markt nachhaltig für mehr Beschäftigung sorgen. Wir wollen das Gewicht Europas auch stärken, um uns unabhängiger zu machen von der amerikanischen Politik. Darum brauchen wir eine Europäische Währungsunion mit dem Ziel: eine gemeinsame europäische Währung. Wir wollen die soziale und ökologische Erneuerung unseres Landes, wollen dieses Reformprojekt auch in der Europäischen Gemeinschaft verankern. Wir wollen soziale Gerechtigkeit als Maßstab einer ökonomischen und ökologischen Erneuerung Europas.

5. Für einen europäischen Beschäftigungspakt

Mehr Zusammenarbeit eröffnet Europa auch einen eigenständigen Weg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur wirtschaftlichen und ökologischen Erneuerung. Wir streben an, in einem europäischen Beschäftigungspakt die Weichen für mehr und qualifiziertere Arbeit in Europa zu stellen. Solch eine gleichgerichtete Politik verbessert die Erfolgschancen nationaler Anstrengungen für mehr Arbeitsplätze. Zu unserem europäischen Beschäftigungspakt gehört eine gemeinsame Politik zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur und der Umwelt sowie eine bessere Abstimmung bei der Arbeitszeitverkürzung. Dies schafft Arbeit und befriedigt gleichzeitig dringende Bedürfnisse. Eine neue Politik solidarischer Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas ist ebenfalls Teil eines europäischen Beschäftigungspaktes.

6. Für eine Wirtschaftspolitik der internationalen Kooperation

Internationale Politik gegen die Krise muß in den nächsten Jahren vor allem auf stärkere wirtschaftspolitische Kooperation ausgerichtet sein mit dem Ziel:
- durch größere binnenwirtschaftliche Anstrengungen für mehr Beschäftigung zu sorgen;
- die massiven Handelsungleichgewichte zwischen den Staaten und Wirtschaftsräumen abzubauen;
- extensive Schwankungen der Wechselkurse zu verhindern, und
- dem Protektionismus Einhalt zu gebieten, in einer GATT-Handelsrunde einen neuen Anlauf zu unternehmen und – bei Wahrung der Schutzinteressen der Entwicklungsländer – Beschränkungen für den Handels- und Dienstleistungsverkehr abzubauen.

7. Entwicklungschancen in der Dritten Welt verbessern

Für die von der Verschuldungskrise betroffenen Länder ist durch eine langfristige und an der Leistungskraft dieser Länder orientierte Umschuldung der Altkredite Spielraum für neue Entwicklungschancen zu schaffen. Dazu werden die Banken und Industrieländer Opfer bringen müssen.
Die Bundesrepublik und die EG müssen ihre Beziehungen zu den Entwicklungsländern verstetigen, sichere Marktchancen eröffnen, im Rohstoffbereich eine Politik der Preisstabilisierung fördern und die Währungsrelationen stabilisieren.
Wir wollen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt stärken. Sie kann in Kernbereichen der Grundbedürfnisbefriedigung, der Infrastruktur und der organisierten Selbsthilfe wesentliche Anstöße geben. Wir werden sie deshalb konzentrieren auf die ärmsten Menschen, auf den ländlichen Raum, auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und auf die Unterstützung von notwendigen Reformen.

Für uns steht außer Frage, daß der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West, aber auch das Niveau der Rüstungsausgaben in der Dritten Welt nicht nur den Frieden bedrohen, sondern daß sie zugleich mitverantwortlich sind für wirtschaftliche und soziale Not in der Welt.
Wir schlagen vor, zwischen Ost und West sowie Nord und Süd ein internationales Sonderprogramm zu vereinbaren, das aus Rüstungseinsparungen gespeist wird und das die bisher bestehenden finanziellen Möglichkeiten der Entwicklungspolitik erweitern soll. Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion muß gefördert werden.

8. Handel zwischen Ost und West: Wirtschaftliche Verflechtungen helfen den Frieden sichern

Besonders unser Land hat ein lebenswichtiges Interesse an einer Entspannung des Ost-West-Verhältnisses. Wir wollen durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie der bilateralen Beziehungen die Entwicklung gemeinsamer Interessen fördern und damit politisches Vertrauen schaffen und die Bereitschaft zu friedlichen Konfliktlösungen verstärken. Wir sehen insbesondere im Ausbau des innerdeutschen Handels auch ein Mittel zur Friedenssicherung und zur Förderung der Verständigungsbereitschaft.

III. Für eine neue Politik der Arbeit

9. Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit als zentrale Aufgabe des nächsten Jahrzehnts

Massenarbeitslosigkeit ist weltweit zu einem der zentralen Probleme herangewachsen – ein Zustand, der seit der großen Depression für überwunden und vermeidbar gegolten hatte. Allein in den westlichen Industrieländern suchen weit über 30 Millionen Menschen Arbeit.
Die Privatwirtschaft allein, so leistungsfähig und effizient sie in der Produktion und Verteilung ist, kann seit mehr als einem Jahrzehnt die Vollbeschäftigung all jener Menschen, die arbeit wollen, nicht sichern.
Es ist daher die Aufgabe eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, Arbeit für alle zu schaffen. Denn der Verlust der Arbeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes Massenphänomen.

10. In die Zukunft investieren

Wir brauchen ein neues, ausreichend ausgestaltetes Programm für Zukunftsinvestitionen. Dieses Programm muß das qualitative Wachstum fördern, d. h. gleichermaßen auf die Verbesserung der Beschäftigungssituation wie auf die Steigerung der Lebensqualität ausgerichtet sein.
Notwendig ist eine Politik der Nachfragestärkung und -steuerung in Bereichen anerkannten gesellschaftlichen Bedarfs, dort, wo die marktwirtschaftliche Verteilung privater Investitionen nicht in der Lage ist, individuelle, soziale und ökologische Bedürfnisse zu befriedigen.

11. Arbeit und Umwelt: Unsere Gemeinschaftsinitiative erhöht Beschäftigung und Lebensqualität

Mit dem Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" schlagen wir Sozialdemokraten eine Gemeinschaftsanstrengung vor: Wir wollen schrittweise die alte Last auf der Umwelt und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit abbauen. Das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt" ermöglicht privaten und öffentlichen Unternehmen, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zinsgünstige Kredite und „verlorene" Zuschüsse für Umweltinvestitionen. Das Sondervermögen soll im Zeitraum von zehn Jahren stark verbilligte Investitionskredite in Höhe von 20 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich mobilisieren. Dafür werden Kapitalmarktmittel und eine solide Grundfinanzierung durch einen Energiezuschlag eingesetzt. Wir gehen davon aus, daß nach einer Anlaufperiode 400 000 Menschen zusätzliche Arbeitsplätze dauerhaft zur Verfügung gestellt werden können.

12. Die Infrastruktur sichern und ausbauen

Investitionen in die Zukunft sind sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich notwendig. Sie schaffen Arbeit und erneuern die Wirtschaft. Alle Reserven müssen für Investitionen, für neue und bessere Produkte und Dienstleistungen und für mehr Arbeitsplätze mobilisiert werden.
In den Gemeinden hat sich ein Investitionsbedarf aufgestaut: Die Qualität der öffentlichen Infrastruktur ist bedroht, Modernisierungsinvestitionen, Instandsetzungen und Ersatzmaßnahmen unterbleiben. Vieles von dem, was ökologisch notwendig gewesen wäre, unterblieb, z. B. die Sanierung von Altdeponien und des Abwassersystems.
Dringende andere Investitionen mußten ebenfalls zurückgestellt werden: im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, beim Straßenbau, bei Ortsumgehungen, bei der Verbesserung des Wohnumfeldes, bei der Energie- und Rohstoffeinsparung, bei Energiesparmaßnahmen an privaten und öffentlichen Gebäuden, bei der Nutzung alternativer Energie, bei Abfallvermeidung und Abfallwiederverwertung, bei dem Ausbau der Wärme-Kraft-Kopplung. Wir wollen deshalb die Finanzkraft der Gemeinden schnell und umfassend stärken, damit ihr aufgestauter Investitionsbedarf so schnell wie möglich befriedigt werden kann. Allein für dringend erforderliche kommunale Investitionen schätzen Fachleute den zusätzlichen Bedarf für die nächsten 10 Jahre auf insgesamt 200 Milliarden DM.

13. Verkürzung der Arbeitszeit

Durch die Neuverteilung der vorhandenen Arbeit ist Arbeitszeitverkürzung ein effektives Instrument, sinnvolle Arbeitsplätze für alle zu schaffen und den – durch konservative Politik verschärften – Widerspruch zwischen wachsender Arbeitsbelastung auf seiten der Beschäftigten und Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Darüber hinaus ist die Verkürzung der Arbeitszeit (der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit) eine unabdingbare Voraussetzung zur Erweiterung der Spielräume für die soziale und kulturelle Gestaltung der individuellen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.
Dabei kommt der Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu, da der Ausgleich für zunehmende Arbeitsbelastungen und der Beschäftigungseffekt am größten sind und für Frauen diskriminierende Formen der Arbeits- und Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern weiter abgebaut werden können.
Voraussetzung ist jedoch, daß die Arbeitszeit für alle abhängig Beschäftigten verkürzt wird; kapazitätsorientierte Flexibilisierung der Arbeitszeit – wie sie von seiten der Unternehmer und der Konservativen gefordert wird – lehnen wir ab. Voraussetzung ist weiterhin, daß Arbeitszeitverkürzung kein Einfallstor für Lohnverkürzungen sein darf, da dies die gesamtgesellschaftliche Nachfrage schwächt, die Beschäftigten in Überstunden treibt und auch unter sozialen Gesichtspunkten nicht akzeptabel ist.

Sozialdemokraten fordern:
- Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit im ersten Schritt

auf 35 Stunden bis zum Ende der 80er Jahre, mit der Perspektive der weiteren Verkürzung.
- Allgemein gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen entsprechend der tariflich vereinbarten Arbeitszeit durch Änderung der Arbeitszeitordnung und drastische Begrenzungen der Überstunden.
- Gesetzliche Sicherung gleitender Übergänge aus dem Arbeitsleben in den Ruhestand.
- Entwicklung weiterer Formen der Arbeitszeitverkürzung.
- Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Kontrolle der Leistungsanforderung im Arbeitsprozeß, der Regelung der Qualifikationsanforderungen und der Verteilung der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten.

14. Wir brauchen mehr soziale und kulturelle Dienstleistungen

In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage bei den öffentlichen Dienstleistungen größer geworden. In der Gesundheitsvorsorge, bei den sozialen Diensten, in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung müssen neue Angebote geschaffen werden. Durch die Änderung der Familienstrukturen, die zunehmenden Erwerbswünsche von Frauen, angesichts der häufig unmenschlichen und entmündigenden Lage vieler älterer Menschen, angesichts der ungelösten Probleme vieler Jugendlicher, der sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit und durch die Eingliederungsprobleme von Ausländern muß das Angebot an Dienstleistungen weiter steigen. Zusätzlich brauchen wir mehr soziale und kulturelle Dienstleistungen – im Bereich Kindererziehung; bei der schulischen und beruflichen Aus- und Fortbildung; im Gesundheitswesen; bei der Altenbetreuung; bei den sozialen, kulturellen und sonstigen Freizeitaktivitäten, die alle entscheidend zur Lebensqualität beitragen.
Wir müssen bereit sein, die Leistungen im öffentlichen, aber auch im Bereich freier Träger weiter auszubauen. Das wird erleichtert, wenn andere Gehaltsstrukturen bei den oberen Einkommen im öffentlichen Dienst eingeführt werden.

15. Junge Menschen brauchen sinnvolle Arbeit

Noch immer suchen Hunderttausende von jungen Menschen vergeblich einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl. Insbesondere junge Frauen sind von der Ausbildungsplatznot betroffen. Wir wollen, daß überall dort, wo private und öffentliche Arbeitgeber nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sicherzustellen, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Unternehmen, die keinen oder keinen angemessenen Beitrag im Rahmen des dualen Ausbildungssystems leisten, müssen durch Bundesgesetz zur Finanzierung der Berufsausbildung herangezogen werden.
Wir Sozialdemokraten wollen, daß kein junger Mensch ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz bleibt.
Zu einem besonders bedrückenden Problem wird immer mehr die Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Berufsausbildung. Wir wollen deshalb den Einstieg in sinnvolle und qualifizierte Arbeit nach der Ausbildung sichern. Das bedeutet, daß wir eine Nutzung der erworbenen Qualifikationen und eine existenzsichernde Vergütung ebenso für notwendig halten wie eine arbeitsrechtliche und tarifliche Sicherung. Wir wollen darüber hinaus: ein Förderungsprogramm für junge Frauen; die Unterstützung lokaler Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen; die Bereitstellung von Stellen im öffentlichen und privaten Bereich für Jugendliche ohne Ausbildung; ein Programm betrieblicher Eingliederungshilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose.
Um die Entwicklung der beruflichen Bildung sicherzustellen, streben wir die Übertragung der Zuständigkeit hierfür von den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern auf paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Staates besetzte Einrichtungen an.

16. Beschäftigungschancen für Frauen

Frauen sind im Erwerbsleben nach wie vor benachteiligt. Dies zeigt sich sowohl in ihrer Unterrepräsentanz in betrieblichen Ausbildungsgängen als auch im Hinblick auf ihre Beschäftigungsmöglichkeiten nach einer Ausbildung bzw. nach einer Familienphase. Unverzichtbare Voraussetzung für die Verbesserung der Situation der Frauen und Mütter ist ihre gezielte Förderung im Arbeitsleben über die Erstellung von Frauenförderplänen mit konkreten Zielvorgaben (Quoten), d. h. Frauen sind solange bevorzugt bei Einstellungen, beruflichem Aufstieg, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu berücksichtigen, bis auf allen Ebenen der Vergütungsgruppen und in allen Beschäftigungsbereichen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis hergestellt ist. Voraussetzung hierfür ist das Vorliegen vergleichbarer Qualifikationen zu männlichen Bewerbern. Ein turnusmäßiger Bericht über den Stand der Realisierung des Frauenförderungskonzeptes ist zu veröffentlichen.
Neben der Erstellung von Frauenförderplänen sind bei Vergabe kommunaler/staatlicher Aufträge die betrieblichen Ausbildungsanstrengungen gezielt zu berücksichtigen. Ein weiteres Kriterium für die Vergabe ist, daß von den Betrieben ein Nachweis über die Erstellung von Frauenförderplänen erbracht wird, in denen sowohl qualifizierte Ausbildungs- als auch Arbeitsplätze für Frauen festgelegt sind.
In den Ausbildungsbereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wird ihnen mindestens die Hälfte der Ausbildungsplätze angeboten. Nur dann, wenn sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Stellen mit männlichen Bewerbern besetzt werden.
Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die bereits angesprochene Verkürzung der täglichen Arbeitszeit unerläßlich. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, über gesetzliche Regelungen einen Elternurlaub für Mütter und Väter gleichermaßen zu schaffen mit angemessenen Lohnausgleichszahlungen. Erforderlich sind ebenso gesetzlich geregelte Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten für Mütter und Väter zum Zwecke der Kindererziehung mit der Maßgabe, daß nach einer phasenweisen Teilzeitbeschäftigung bzw. Beurlaubung wieder ein Vollzeitarbeitsverhältnis eingegangen werden kann, und Schaffung von familienergänzenden Einrichtungen.

17. Umschulung, Weiterbildung, Fortbildung: In qualifizierten Arbeitskräften liegt die wichtigste Produktivkraft unserer Wirtschaft

Umschulung, Weiterbildung und Fortbildung sind nicht nur für den einzelnen von Nutzen, sondern helfen auch gesamtwirtschaftlich weiter. Qualifizierte Arbeitskräfte sind die wichtigste Produktivkraft in unserem Lande.
Insgesamt brauchen wir einen beständigen Prozeß der berufsbegleitenden Qualifizierung. Die beständige Investition in die Qualifikation aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen muß in Zukunft einen ebenso hohen Stellenwert erhalten wie der Investitionsprozeß in Sachkapital. Wir streben ein umfassendes System der Weiterbildung an, das den Arbeitnehmern einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung einräumt und ihr einen festen und gleichwertigen Platz in unserem Bildungssystem zuweist. Es soll vorrangig in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen und für benachteiligte Gruppen entwikkelt und ausgebaut werden.
Berufliche Qualifizierung von Frauen ist angesichts der überproportionalen weiblichen Arbeitslosigkeit besonders wichtig. Weiterbildungsprogramme und betriebliche Wiedereingliederungshilfen sollen Arbeitnehmerinnen nach der Familienphase die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen helfen.

18. Für Langzeitarbeitslose brauchen wir Sonderprogramme

Wir wollen mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen Langzeitarbeitslosen helfen, damit ihre Wiedereingliederung in das Arbeitsleben gelingt: Wir schlagen einen deutlichen Ausbau der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vor. Diese ABM-Maßnahmen dürfen allerdings nicht an die Stelle von Dauerarbeitsplätzen treten. Wir wollen ein Programm betrieblicher Eingliederungshilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose. Wir wollen lokale Beschäftigungsinitiativen unterstützen.

19. Mehr Arbeit solidarisch finanzieren: Besserverdienende müssen mehr leisten

Dieses Aktionsprogramm muß solide finanziert werden. Eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe für Besserverdienende mit zu versteuerndem Jahreseinkommen von mehr als DM 60 000/120 000 (Ledige/Verheiratete) in Höhe von 5 % der Einkommensteuerschuld und 5 % der Körperschaftsteuerschuld schafft den Grundstock dafür. Zusätzlich wollen wir die von der konservativ-liberalen Koalition beschlossene Verkürzung der Abschreibungspflicht für Betriebsgebäude und die Senkung der Vermögensteuer wieder rückgängig machen. Beides sind Steuergeschenke, die nachweislich keinerlei Anreiz für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung schaffen. Zu einem erheblichen Teil finanzieren sich die Maßnahmen außerdem durch Ersparnisse bei den Kosten der Arbeitslosigkeit. Berechnungen zeigen, daß die Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen für Staat und Bürger nicht wesentlich teurer ist als die Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

20. Grundsicherung der Einkommen

Durch eine soziale Grundsicherung im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit muß die wachsende Neue Armut immer größerer Teile der Bevölkerung bekämpft, gleichzeitig aber auch die ökonomisch wichtige Nachfragestärkung gerade der sozial schwachen Gruppen erreicht werden.

IV. Ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft

Die Verschmutzung der Luft, der Meere und der Gewässer, die schleichende Vergiftung der Böden, die gesundheitsgefährdenden Risiken, die lebensbedrohenden Gefahren der Kernenergie, die Landschaftszerstörung zeigen, daß das Wirtschaften wie bisher in die Sackgasse führt. Wir brauchen einen Kurswechsel. Wir brauchen die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft.
Wir haben die technischen Fähigkeiten, und wir haben die finanzielle Kraft, wenn wir uns dazu entschließen. Diese neue Aufgabe ist eine wirtschaftliche Herausforderung, weil ein sorgsamer Umgang mit der Umwelt – also auch die Steigerung und Erhaltung der Produktivkraft der Natur – heute wichtiger ist als die Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität. Die achtziger und neunziger Jahre stehen – neben der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit – im Zeichen der ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft.
So wie nach dem Zweiten Weltkrieg der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wiederaufbau in der Bundesrepublik durch eine große Gemeinschaftsanstrengung aller bewältigt werden konnte, so stellt sich für die Politik heute eine in der Größenordnung und Bedeutung vergleichbare Aufgabe, nämlich die Umweltnot zu überwinden. Dies ist die große Gemeinschaftsaufgabe der achtziger und neunziger Jahre.
Als erster und entscheidender Schritt auf dem Wege der ökologischen Erneuerung ist die Sanierung der Umweltschäden aus der Vergangenheit vordringlich. Die Einrichtung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt" soll die Altlasten auf unserer Umwelt beseitigen helfen.

21. Unser Ziel: Umweltvorsorge

Anstelle der traditionellen Umweltpolitik, die auf die nachträgliche Reparatur eingetretener Umweltschäden ausgerichtet ist, verfolgen wir mit der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft ein umfassendes Konzept der Umweltvorsorge. Umweltschädigende Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten sollen von vornherein durch umweltverträgliche ersetzt werden. Weil der Markt blind gegenüber ökologischen Erfordernissen ist, ist es Aufgabe des Staates, Bedingungen für einen sparsamen und vorsorgenden Umgang mit der Natur zu setzen. Er muß den rechtlichen Rahmen vorgeben, der die Inanspruchnahme von Umwelt und Natur regelt: durch Auflagen, Abgaben, Gebote und Verbote. Umweltverträglichkeitsprüfungen oder auch durch eine Bewirtschaftung besonders knapper Ressourcen.
Wir geben uns nicht der Illusion hin, die Umweltprobleme allein mit technischen Mitteln lösen zu können. Zum ökologischen Umbau unserer Volkswirtschaft gehört auch eine Veränderung in den Arbeits-, Konsum- und Lebensgewohnheiten.

22. Wirtschaft und Staat sind bei der ökologischen Erneuerung aufeinander angewiesen

Wir wollen alle Möglichkeiten der Industriegesellschaft und die schöpferischen Kräfte einer Wettbewerbswirtschaft für die ökologische Erneuerung nutzen.
Der Staat soll deshalb nicht nur den rechtlichen Rahmen für die Inanspruchnahme von Natur festlegen, er soll auch ökonomische Anreize schaffen.
Wichtig sind verläßliche Vorgaben, vor allem auch Zeitpläne, damit die private Wirtschaft und die öffentlichen Hände ihre Investitionen daran ausrichten können. Es soll für Unternehmen, andere Wirtschaftsorganisationen, öffentliche und private Institutionen und die Verbraucher lohnend sein, über gesetzliche Umweltanforderungen hinauszugehen und Neuerungen zu entwickeln und durchzusetzen.

23. Um den ökologischen Notstand zu vermeiden: Unsere Sofortmaßnahmen

Es wird Jahre dauern, bis wir die Lebensfähigkeit unserer Umwelt wiederhergestellt und die Lebensgrundlagen von Mensch, Tier und Pflanzen dauerhaft gesichert haben. Unser Ziel, umweltschädigende und rohstoffverschwendende Produktionsweisen und Verbrauchsgewohnheiten durch umweltverträgliche und rohstoffschonende zu ersetzen, wird nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können.
Es kommt darauf an, heute zu handeln und eine weitere Schädigung unserer Umwelt zu vermeiden und die Weichen für die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft zu stellen.
Neben der Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt" für die Beseitigung der Altlasten schlagen wir vor:
- Umweltgebote und Umweltverbote so auszugestalten, daß Umweltgefährdungen stetig weiter abnehmen;
- in geeigneten Fällen für Emissionen Schadstoffabgaben einzuführen, insbesondere die Abwasserabgabe zu erhöhen;
- eine verschuldensunabhängige Haftung und weitgehende Beweislastumkehr im Umweltschutz einzuführen;

- Vollzugsdefizite bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität zu beseitigen; z. B. durch die Schaffung eines flächendeckenden Netzes polizeilicher Schwerpunktdezernate und Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Umweltkriminalität und die Schaffung von Umweltstrafkammern bei Landgerichten;
- Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestimmte öffentliche und private Vorhaben verbindlich vorzuschreiben;
- jährliche Aufstellung einer umweltpolitischen Bilanz, in der Wert- und Wohlstandsverluste durch Umweltzerstörung ausgewiesen werden („Bericht zur Lage der Natur");
- in Einzelbereichen Absprachen vorzunehmen, wie sie zur Lösung der Asbestproblematik angewandt wurden. Absprachen sind dann ein vernünftiges Instrument, wenn sie klar definiert und kontrollierbar sind.

Wir brauchen die ökologische Erneuerung für einzelne Wirtschaftsbereiche; beispielsweise ist:
- eine vorsorgende Energiepolitik zu entwickeln, die den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie sichert;
- eine vorsorgliche Chemiepolitik zu entwickeln, die die Risiken, die bei der Herstellung und Anwendung von Chemieprodukten entstehen, deutlich herabsetzt;
- eine Abfallwirtschaft aufzubauen, die in der Wiederverwendung verbrauchter Produkte zu einer lohnenden Alternative wird;
- der öffentlichen Hand eine umweltpolitische Vorreiterrolle zuzuweisen, z. B. bei der Beschaffung und der Gebühren- und Tarifgestaltung öffentlicher Versorgungsunternehmen;
- in der Wasserwirtschaft zum Schutz des Wassers ein Sofortprogramm zum Ausbau umweltschonender Wasserversorgung zur Förderung rationeller Wasserverwendung und zur Sicherung wertvollen Grundwassers zu entwickeln.

Als Folge einer verfehlten Agrarpolitik bietet die heutige Landwirtschaft ein besonders krasses Beispiel einer Produktionsweise, die gleichermaßen an den Erfordernissen gesellschaftlicher Versorgung, sozialer Sicherung der Beschäftigten, der Naturverträglichkeit und der internationalen Solidarität vorbeigeht. Die Kritik an einer „industriell" betriebenen Landwirtschaft ist ebenso weitverbreitet wie berechtigt. Sie darf jedoch nicht darüber hinwegsehen, daß nicht allein die modernen Erzeugungstechniken, sondern ebenso die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Agrarproduktion den Erfordernissen einer verantwortungsvollen Bodenbewirtschaftung widersprechen.

Oberstes Prinzip landwirtschaftlicher Bodennutzung darf betriebswirtschaftlich nicht der höchstmögliche Gewinn, sondern kann nur die langfristige Sicherung der Bodenfruchtbarkeit sein.

24. Umweltschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden

Die ökologische Bedrohung ist nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Die Verschmutzung der Atmosphäre und der Meere, die Gefährdung der Naturkreisläufe, die Endlichkeit der Ressourcen sind Probleme, die Grenzen überschreiten. Um der ökologischen Zerstörung zu begegnen, brauchen wir internationale Vereinbarungen. Wir müssen eine offensive Rolle spielen, damit globale Ansätze zum Schutz der Ressourcen und der Natur weiterentwickelt werden und zu international gültigen Umweltnormen führen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft muß die Bundesrepublik eine ökologische Vorreiterrolle übernehmen. Verbesserte Normen müssen in der EG durchgesetzt werden. Auch mit unseren Nachbarn im Osten müssen konkrete Vereinbarungen zum Schutz unserer Umwelt – vor allem in den Grenzregionen – erzielt werden. Ebenso muß die ökologische Ausbeutung der Dritten Welt beendet werden.

V. Unser Ja zur Technik: Den technischen Wandel sozial und human gestalten

Technik ist wesentlich ein sozialbestimmter Prozeß. In ihn gehen die ökonomischen und sozialen Interessen sowie die kulturellen und politischen Wertvorstellungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ein. Von entscheidender Bedeutung sind die mit dem Besitz an Produktionsmitteln verknüpften wirtschaftlichen Verwertungsinteressen.

Vielfältige neue technische Verfahren und Produkte verändern Wirtschaft und Gesellschaft von Grund auf. Wir sagen Ja zur Technik, aber: wir wollen den technischen Wandel sozial und human gestalten. Chancen und Gefahren der neuen Technik liegen eng beisammen. Wissenschaft und Technik eröffnen Chancen zur Erleichterung der Arbeit, für mehr Freizeit und für eine umweltgerechte Erneuerung unserer Gesellschaft. Von Wissenschaft und Technik gehen aber auch Risiken und Gefahren aus: Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt, Leistungsdruck und Fremdbestimmtheit am Arbeitsplatz nehmen zu, Arbeitsplätze werden überflüssig, Arbeitsabläufe zerstückelt, der Mensch könnte zum Anhängsel der Maschinen werden. Neue Informations- und Kommunikationsmedien, beispielsweise Personalinformationssysteme, bedrohen die Freiheitsspielräume und Persönlichkeitsrechte des einzelnen. Insbesondere der nicht endende Rüstungswettlauf, die Katastrophe von Tschernobyl und Manipulationen am menschlichen Erbgut sind Beispiele für die neuen Risiken und Gefahren moderner Techniken.

25. Arbeitswelt menschengerecht gestalten

Eine Neugestaltung der Arbeitswelt muß zunächst sicherstellen, daß die Menschen nicht durch inhumane Arbeitsbedingungen verschlissen werden. Hierzu sind erforderlich: Erneuerung des Arbeitsschutzes im Hinblick auf umfassenden Gesundheitsschutz; Ausbau des präventiven Arbeitsschutzes und der gesundheitlichen Versorgung; Entwicklung und Anwendung menschengerecht gestalteter Arbeitstechnologien; Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Ermittlung von Gestaltungsdefiziten und bei der menschengerechten Gestaltung der Arbeit. Arbeitsanforderungen und -bedingungen müssen in allen Berufen auch für 60jährige noch erträglich sein. Viele Arbeitnehmer haben heute die berechtigte Sorge, ob sie ihre Arbeit so lange durchhalten können. Von der Humanisierung der Arbeit hängt angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Arbeitenden auch die Finanzierbarkeit des Sozialstaats ab.

Eine Neugestaltung der Arbeitswelt setzt darüber hinaus bei den kreativen organisatorischen, fachlichen und sozialen Fähigkeiten der Menschen an. Die Menschen brauchen sinnvolle Arbeitsinhalte, ausgeweitete Handlungs- und Dispositionsspielräume, erhöhte Autonomie und verstärkte Mitbestimmung und Beteiligung. Verbesserung der Qualität der Arbeit ist nur möglich durch verbesserte Qualifikationen. Deswegen muß jeder Arbeitnehmer lebenslanges Recht auf Aus- und Weiterbildung haben. Möglichkeiten und Grenzen verbesserter Qualität der Arbeit werden weniger durch die Technik als durch die organisatorischen und wirtschaftlichen Bedingungen ihres Einsatzes beeinflußt. Die Möglichkeiten flexibler Technik- und Organisationsentwicklung müssen deshalb gezielt genutzt werden für eine Verbesserung der Qualität der Arbeit.

Humane Technikgestaltung erfordert darüber hinaus: Weiterführung und Weiterentwicklung des Programms Humanisierung der Arbeitswelt, Verankerung von betrieblichen Arbeitskreisen zur Kooperation von Ingenieuren und Technikern mit den betrieblichen Interessenvertretungen im Betriebsverfassungsgesetz, Förderung von arbeitnehmerorientierter Infrastruktur zur Beratung der betrieblichen Interessenvertretung bei der Gestaltung von Arbeit und Technik. Einrichtung eines sozial- und naturwissenschaftlichen Instituts des Bundes zu Fragen „Arbeit und Technik", Ausbau einer demokratischen und vorausschauenden Technikbewertung und Sicherung und Ausweitung der Mitbestimmung sowie des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes.

26. Wachsende Machtzusammenballung und Abhängigkeit durch Mitbestimmung und Dezentralisierung abbauen

Wir wollen den technischen Wandel zum Nutzen von Mensch und Natur gestalten. Wir wollen vermeiden, daß Entwicklung und Einsatz neuer Technologien zu einer weiteren Konzentration von Wissen, Macht und Verfügungsgewalt in immer weniger Händen führt. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Unabhängigkeit für den einzelnen durch die Anwendung moderner Techniken erreichen.

Wir fordern daher eine Dezentralisierung der Entscheidungsgewalt und eine gleichberechtigte Beteiligung der Betroffenen bei der Einführung und Anwendung neuer Techniken. Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften müssen deshalb Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Geschehens haben, damit Inhalte und Bedingungen menschlicher Arbeit verbessert und die Arbeitnehmer frühzeitig für den technischen Wandel qualifiziert werden.

Die transnationalen Unternehmen verfügen über Gestaltungsmöglichkeiten, die sich nationalen Regelungen entziehen. Ihrer wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Macht muß ein Gegengewicht gegenübergestellt werden. Hierfür sind internationale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und grenzüberschreitende Arbeitnehmermitbestimmung die geeigneten Mittel. Besonderer Handlungsbedarf besteht in der EG. In Ländern der Dritten Welt ist die Gründung und Entwicklung freier, unabhängiger Gewerkschaften nachhaltig zu unterstützen.

27. Internationalen Herausforderungen offensiv begegnen

Wir fordern, die staatlichen Einflußmöglichkeiten gezielt zu nutzen, um den internationalen technologischen Herausforderungen offensiv zu begegnen. Um die erforderlichen Handlungsspielräume zu gewinnen, setzt die SPD auf die europäische Integration.

Wir wollen nicht das japanische Modell kopieren oder gar den amerikanischen Weg der Entwicklung der Technik über neue Waffensysteme übernehmen, sondern die technische Entwicklung fördern und in eine Richtung lenken, die Menschen und Natur entgegenkommt.

Forschung und Innovationen werden erhebliche Anstöße erhalten, wenn Europa sich enger zusammenschließt. Wir wollen daher auch aus technologischen Gründen einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt.

VI. Die Wirtschaft demokratisieren

Der rasche technische und soziale Wandel verstärkt die ohnehin vorhandene Gefahr wachsender Machtkonzentration und -zusammenballungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Zunehmende Abhängigkeiten der Arbeitnehmer weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus sind ebenso drohende Folgen wie der Machtmißbrauch durch kleine, aber mächtige Gruppen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Gewachsen ist auch die Undurchschaubarkeit des Wirtschaftsgeschehens für den Verbraucher.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bleibt deshalb eine Grundforderung sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Sie ist Teil unseres Kampfes für eine umfassende soziale Demokratie. Wirtschaftsdemokratie ist ein wesentliches Element der politischen, sozialen und kulturellen Identität der Sozialdemokraten wie der Gewerkschaftsbewegung.

Wirtschaftsdemokratie will sowohl gesamtgesellschaftlich wichtige Ziele erreichen als auch die Emanzipation der Arbeitnehmer. Wir wollen dem Mißbrauch von Herrschaftsmacht in den Betrieben und der Machtzusammenballung in Wirtschaft und Gesellschaft entgegenwirken.

Die Industriegesellschaft braucht die umfassend gebildeten und qualifizierten Arbeitnehmer, die mitdenken, mitgestalten, mitbestimmen und mitverantworten. Staatliche Steuerung und private Unternehmensautonomie reichen nicht aus, die notwendige soziale und ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft zu erreichen. Es gibt vielmehr einen wachsenden und in seiner Bedeutung zunehmenden Zwischenbereich, der durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Teilhabe der Arbeitnehmer, durch größere Verbraucherrechte, wie auch durch neue Formen dezentralen Wirtschaftens bestimmt wird.

Wir treten weiterhin für die Ächtung der Aussperrung ein.

28. Mitwirkung der Arbeitnehmer auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Wir fordern die Errichtung von paritätisch besetzten Strukturkommissionen. Für Problembranchen sollen Branchenausschüsse mit Beratungs-, Anhörungs- und Initiativrechten gebildet werden.

29. Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene

Für alle größeren Unternehmen mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern und einer Bilanzsumme von mindestens 75 Millionen DM oder einem Jahresumsatz von mindestens 150 Millionen DM und für die Unternehmen in den Schlüsselbranchen Metallerzeugung, Chemie, Banken und Versicherungen ist die paritätische Mitbestimmung nach den Regeln des Montan-Mitbestimmungsgesetzes einzuführen. Es sind gesetzliche Öffnungsklauseln für ergänzende und konkretisierende Mitbestimmungsregelungen durch Tarifverträge zu schaffen.

30. Mitbestimmung im Betrieb

Die Betriebsräte sind bereits in der Konzeptionsphase von Betriebspolitik zu beteiligen. Bei der Auswahl konzeptioneller und strategischer Lösungen haben die Betriebsräte mitzubestimmen. Das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz sind weiterzuentwickeln. Bei der Personalplanung, bei Einstellungen und Kündigungen müssen die Betriebs- und Personalräte mehr Mitbestimmungsrechte erhalten. Außerdem müssen die Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei Betriebsänderungen verbessert, Interessenausgleich und Sozialplan gesichert werden. In Zukunft müssen die Betriebs- und Personalräte vor allem mehr Mitbestimmungsrechte bei der Einführung neuer Techniken erhalten. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebs- und Personalrates sind auf alle Bereiche der Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszudehnen, insbesondere auf die Planung und Gestaltung der Arbeitsorganisation, auf die Gestaltung der Qualifikationsprozesse und auf alle Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

31. Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz

Die Beteiligungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers bzw. einzelner Arbeitnehmergruppen bei unterschiedlichen Phasen der Konzeption, der Planung und der Einführung neuer technisch-organisatorischer Lösungen in ihren Arbeitsplatzbereichen sind zu verstärken.

32. Mitbestimmung auf europäischer Ebene

Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und die da-

Bibliothek ... kratie

mit verbundene Mobilität der Unternehmen verlangt auch auf europäischer Ebene Mitbestimmungsregelungen. Wir treten daher für die Verabschiedung einer europäischen Richtlinie über die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in transnationalen Unternehmen ein. Unabhängig davon muß die Weitergeltung und Fortentwicklung der deutschen Mitbestimmung gesichert werden.

33. Einen Gesetzentwurf zur Montanmitbestimmung einbringen

Der Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode auf der Grundlage des vom Deutschen Gewerkschaftsbund erarbeiteten Gesetzentwurfs über die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen (Montanmitbestimmungsgesetz) einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag einzubringen.

34. Beteiligung am Produktivvermögen – die andere Seite der Investitionsförderung

Wir fordern eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung setzen eine Steigerung der Investitionen voraus. Dieses neue Produktivkapital darf sich nicht erneut in den Händen weniger ansammeln. Eine überbetriebliche, tarifvertragliche Vermögensbildung ist das notwendige Korrektiv für die Förderung der Investitionen. Der Staat muß deshalb die überbetriebliche Beteiligung am Produktivkapital in die steuerliche Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer aufnehmen.

35. Genossenschaften und Selbstverwaltung – eine Chance

Der Wille zur Selbstverwaltung und die Absicht, das eigene Schicksal in solidarischer Zusammenarbeit mit anderen zu bewältigen, sind wichtige, wiederbelebte Ziele für eine sozialdemokratische Reformpolitik. Sie gehören zu unserem wirtschaftsdemokratischen Konzept. In der Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung schöpferischer, kultureller und sozialer Tätigkeiten sowie eine Chance, durch eigene Initiative Arbeitslosigkeit zu vermindern.

36. Mehr Schutz und Rechte für den Verbraucher

Wir wollen die Position des Verbrauchers stärken. Denn der einzelne Verbraucher ist häufig nicht in der Lage, sich durch eigenes kritisches Verhalten vor zunehmend aggressiveren Werbe- und Verkaufsmethoden, wucherischen Zinsregelungen, nachteiligen Versicherungsbedingungen, verfälschten und vergifteten Lebensmitteln oder gesundheits- und sicherheitsgefährdenden Produkten zu schützen. Ebenso sind die Möglichkeiten der Verbraucher begrenzt, gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklungen, wie z. B. der anhaltenden Energie- und Rohstoffverschwendung, entgegenzuwirken. Verbraucherschutz hat für Sozialdemokraten Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter und Produzenten. Daher wollen wir die Verbraucherrechte ausbauen, die Verantwortung der Anbieter durch bessere Haftungs- und Schadenersatzregelungen stärken und für eine breitere Information, Unterrichtung und Interessenvertretung der Verbraucher, z. B. durch Förderung der Verbraucherinstitutionen, sorgen.

VII. Wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft

Gerade in jüngster Zeit verstärken sich Konzentration und Vermachtung in unserer Wirtschaft. Immer mehr mittelständische Betriebe geben auf und werden von Großunternehmen übernommen. Die unternehmerische Persönlichkeit, die durch Einsatz und Risikobereitschaft Impulse für den Leistungswettbewerb innerhalb unserer Wirtschaftsordnung geben soll, tritt immer mehr zurück. Risikoscheu breitet sich aus. Solche Verhaltensweisen laden eine Gefahr für die Unternehmen selbst und für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Deshalb muß diesen Entwicklungen und Verhaltensweisen entgegengesteuert werden.

37. Wettbewerb ist unentbehrlich, Machtkontrolle unverzichtbar

Wettbewerb ist eine Triebkraft unserer Wirtschaftsordnung. Funktionierender Wettbewerb schränkt die Macht der Produzenten ein und stärkt dadurch die Position der Verbraucher. Er wirkt der Verkrustung von Märkten entgegen und fördert die Erneuerung der Wirtschaft.
Wettbewerb erzeugt allerdings auch die Tendenz zu Unternehmenszusammenschlüssen und zu Kartellabsprachen.
Diese sind in der Vergangenheit nicht entschieden genug bekämpft worden. Das Wettbewerbsrecht muß deshalb verbessert und die Stellung der Kartellbehörden muß nachhaltig gestärkt werden, damit Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert werden kann.

- Im Einklang mit der Monopolkommission lehnen wir weitere Medienverflechtungen ab. Die Sicherung des publizistischen Wettbewerbs – der vom wirtschaftlichen Wettbewerb nicht zu trennen ist – verlangt, daß das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen geändert und dann auch konsequent auf die Neuen Medien angewendet wird.
- Wir fordern eine Verschärfung der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, die bereits greift, bevor eine marktbeherrschende Stellung erreicht worden ist. Das Bundeskartellamt sollte Fusionen bereits dann untersagen können, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsbedingungen zu erwarten ist.
- Wir halten eine Entflechtungsregelung für notwendig, damit die Existenz übermäßiger Macht und deren Mißbrauch verhindert werden kann.
- Neben einer Intensivierung der Mißbrauchsaufsicht gegen marktstarke Handelsunternehmen sollte im Bereich des Handels – unter Berücksichtigung der europäischen Dimensionen – ein generelles Fusionsverbot für Großunternehmen eingeführt werden. Die Nachfragemacht, die durch Großunternehmen des Handels, von Einkaufskontoren und Genossenschaften ausgeübt wird, soll durch eine strikte Anwendung des Kartellverbots und die vorgesehene Entflechtungsregelung abgebaut werden.
- Wir halten es für dringend geboten, den Wettbewerb im Banken- und Versicherungsmarkt auszuweiten und Macht und Einfluß der Banken und Versicherungen auf die Wirtschaft zurückzudrängen. Die Banken und Versicherungen sollen deshalb dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen uneingeschränkt unterworfen werden. Ihre Macht und ihr Einfluß, den sie durch die Besetzung von Aufsichtsratspositionen und ähnliche Gremien, durch Kapitalbeteiligungen an Unternehmen und durch die Wahrnehmung des Depotstimmrechts ausüben, sollen eingeengt werden durch Beschränkung ihrer Beteiligungen an Unternehmen auf 10 Prozent, durch Begrenzung der Zahl der von ihnen wahrnehmbaren Aufsichtsrats- und ähnlicher Mandate und durch Einschränkung des Depotstimmrechts.

Wo Machtkontrolle anders nicht erreichbar ist und wichtige gesellschaftliche Interessen sich nur so durchsetzen lassen, können in besonderen Fällen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz verschiedene Formen der Vergesellschaftung, auch die Überführung in Gemeineigentum nötig werden. Um die Ballung wirtschaftlicher Macht in Staatshand zu verhindern, soll Gemeineigentum aber nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung geordnet und nach Möglichkeit dezentral gegliedert werden.

38. Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen sollen gestärkt werden

Stärkung des Wettbewerbs heißt immer auch Stärkung der Marktposition der Selbständigen in Handel, Handwerk und Freien Berufen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen. Durch ihre Anpassungsfähigkeit, Risiko- und Innovationsbereitschaft tragen sie maßgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft bei. Kleine und mittlere Unternehmen stellen zugleich die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir wollen nicht, daß Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen immer mehr von großen Unternehmen verdrängt oder als Zulieferbetriebe von ihnen abhängig werden. Benachteiligt sind kleine und mittlere Unternehmen bei der Kapitalbeschaffung. Deshalb müssen ihre Finanzierungsmöglichkeiten gestärkt werden. Dazu gehört zum Beispiel die Bildung einer angemessenen steuerfreien Investitionsrücklage und ein vereinfachter Börsenzutritt.
Ein breites Angebot an Risikokapital, das jungen Selbständigen und Unternehmen den Einstieg in technologisch interessante Bereiche ermöglicht, ist anzustreben. Die Programme für Technologietransfers, Innovationen und Managementberatung sind in allen Regionen unseres Landes auszubauen.

39. Die Leistungsfähigkeit der gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen stärken

Gemeinwirtschaftliche und öffentliche Unternehmen sind in unserer Wirtschaftsordnung unverzichtbar. Mit ihrem Angebot ergänzen und korrigieren sie die privaten Anbieter am Markt. Bund, Länder und Gemeinden brauchen öffentliche Unternehmungen, um ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Die von Konservativen und Wirtschaftsliberalen angezettelte Diskussion um eine Privatisierung öffentlicher Unternehmen lehnen wir ab. Hier werden ideologische Scheingefechte geführt, um von den entscheidenden Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik abzulenken.
Wir wollen, daß die gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmungen in unserer Wirtschaft weiter gestärkt werden. Diese Unternehmungen müssen so wirtschaften, wie es ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgabe entspricht. Es geht darum, ihre Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, damit sie auch in Zukunft ihre wirtschaftlichen Aufgaben voll erfüllen können.

40. Den Strukturwandel fördern

Eine effektive Umsetzung des „Aktionsprogramms gegen Massenarbeitslosigkeit" macht eine Strukturpolitik nötig, die soziale Nachteile und Risiken des wirtschaftlichen Strukturwandels zu verhindern hilft. Hier liegt das Schwergewicht auf der rechtzeitigen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Ersatzarbeitsplätze sollen zum einen dem notwendigen Diversifizierungsprozeß (Verbreiterung der Produkt- und Produktionspalette) einer Region Rechnung tragen, zum anderen in ihrer Art sich aber an den bestehenden Strukturen orientieren (Modernisierung und Stabilisierung).
Voraussetzungen für eine so zu gestaltende vorausschauende Strukturpolitik sind erstens verbesserte Informationsgrundlagen. Darunter fällt

- der Aufbau einer öffentlichen Strukturberichterstattung, die insbesondere die strukturbestimmenden Investitionen umfaßt;
- die Ermittlung des vorhandenen und absehbaren beschäftigungspolitischen Gefährdungspotentials auf Branchen- und regionaler Ebene.

Voraussetzungen dafür sind zweitens verbesserte strukturpolitische Lenkungsmöglichkeiten.
Die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel durch die Privatwirtschaft muß beschäftigungsorientiert vergeben und einer wirksamen Erfolgskontrolle unterworfen werden.
In den Fällen, in denen es strukturpolitisch sinnvoll ist, sind Beteiligungen verlorenen Zuschüssen vorzuziehen.
Als Orientierungsrahmen für Unternehmensentscheidungen und für eine vorausschauende Strukturpolitik sind Branchenprognosen sowie regionale und bundesweite Entwicklungspläne zu erarbeiten.
Bei der Entwicklung und Umsetzung von Strukturkonzepten im sektoralen und regionalen Rahmen ist eine umfassende Beteiligung der Betroffenen und der Gewerkschaften sicherzustellen.
Auch in Zukunft bleiben regionalpolitische Hilfen für strukturschwächere Räume und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen unverzichtbar.
Deshalb bleibt auch die Fortführung des Stahlstandorte-Sonderprogramms als Regelförderung mit höheren Förderpräferenzen und einer größeren Zahl von Schwerpunktorten zur Schaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze unter finanzieller Beteiligung des Bundes dringend erforderlich.

- Einrichtung eines Bodenfonds, über den die öffentliche Hand Stadt- und Landschaftsplanung und -entwicklung betreiben kann.
- Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist im Rahmen einer Gesamtpolitik für den ländlichen Raum aufzufangen.

Schiffbau und Schiffahrt müssen als nationale Aufgabe garantiert und die Struktur der Küstenregion durch ein beschäftigungsorientiertes Küstenstrukturprogramm gesichert werden. Dazu gehört:

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen zugunsten der Beschäftigung der deutschen Handelsflotte,
- verstärkte Fortführung der Schiffbauhilfen,
- Strukturhilfen für Werftstandorte zum Aufbau neuer Arbeitsplätze, zur Qualifikationsverbesserung und zum Ausgleich der Nachteile in der Infrastruktur für Forschung und Entwicklung.

41. Den Montanindustrien Kohle und Stahl eine sichere Zukunft geben

Die heimische Kohle ist eine der Grundlagen für eine sichere und zuverlässig kalkulierbare Versorgung mit Primärenergie. Zur Fortsetzung der Kohlevorrangpolitik bei der Steinkohle müssen die bewährten Instrumente im Rahmen von EG-Vereinbarungen weiter angewandt werden:

- Der im „Jahrhundertvertrag" zwischen Kohlebergbau und Elektrizitätswirtschaft vereinbarte Vorrang deutscher Steinkohle beim Kraftwerkseinsatz darf auch künftig nicht in Frage gestellt werden.
- Der Hüttenvertrag, der den Steinkohleabsatz an die Stahlwirtschaft regelt, muß auf Dauer gesichert werden.
- Das Kohleveredlungsprogramm muß weitergeführt werden.

Die Bundesrepublik kann auch künftig auf eine eigene Stahlindustrie nicht verzichten. Wir treten für ein Konzept ein, das den Leistungsstandard der Stahlunternehmen erhält und stärkt und damit zugleich die Arbeitsplätze in diesem Arbeitszweig dauerhaft sichert. Die erforderliche strukturelle Neuordnung verlangt, daß alle Chancen unternehmensübergreifender Kooperation genutzt und die Anpassungslasten ausgewogen und regionalpolitisch vernünftig verteilt werden. Wir wollen daher einen nationalen Stahlausschuß, in dem der Staat und die Tarifparteien vertreten sind. Gegenüber dem Ziel der Sicherung der dauerhaften Wettbewerbsfähig-

keit der deutschen Stahlindustrie müssen Einzelinteressen zurücktreten. Im Rahmen des nationalen Stahlkonzepts treten wir für eine Erhaltung der Stahlstandorte im Kern ein.
Wir wollen die Montanmitbestimmung auf Dauer sichern. Wir bekräftigen unsere Auffassung: Sollte die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie scheitern, halten wir gemeinwirtschaftliche Lösungen für unumgänglich.

42. Benachteiligte Regionen besonders unterstützen

Die Wirtschaftskrise hat das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftsstarken und wirtschaftsschwachen Regionen außerordentlich verschärft.
Die Bundesrepublik droht in arme und reiche Regionen zu zerfallen. Zusätzlich zu den weiter bestehenden Ungleichheiten zwischen den wirtschaftsschwachen Gebieten im Zonenrand und im ländlichen Raum entstand ein neues Gefälle zwischen Regionen mit traditionellen Industrien und denen mit Zukunftsindustrien. Deshalb sind einseitig ausgerichtete Industriestandorte, vor allem auch Großstädte, von hoher struktureller Arbeitslosigkeit betroffen.
Für Sozialdemokraten ist der verfassungsmäßige Auftrag, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu schaffen, nicht nur ein Gebot der Solidarität mit Problemregionen, sondern auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Die Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik müssen sich deshalb stärker auf Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Abwanderungsquote konzentrieren.
Die Verteilung der Länderfinanzen ist aus dem Gleichgewicht geraten. Unvorhersehbare und besondere Belastungen einiger Länder haben dazu geführt, daß diese Länder ihre verfassungsmäßigen Aufgaben nicht mehr angemessen wahrnehmen können, ohne sich über Gebühr zu verschulden. Eine Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs muß sicherstellen, daß alle Länder über eine hinreichende Finanzausstattung verfügen, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können. Eine angemessene Finanzausstattung aller Länder ist unverzichtbare Grundlage für einen funktionierenden Föderalismus und für ein eigenverantwortliches politisches Handeln in den Ländern.

43. Dienstleistungen sind wichtiger geworden

Technologischer Fortschritt und Strukturwandel bewirken tiefgreifende Umschichtungen zwischen den Sektoren unserer Wirtschaft. Die gewerblichen und industriellen Arbeitsplätze bilden die Basis unserer Wirtschaft. Sie müssen gesichert und gefördert werden. Vermehrte Beschäftigungschancen in der Zukunft entstehen aber im Dienstleistungssektor.
Nicht nur die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung von Lebensqualität für immer noch benachteiligte Bevölkerungskreise, sondern vor allem die Gestaltung zukünftigen gesellschaftlichen Lebens im Sinne unser Grundwerte Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit machen dafür die Erweiterung sozial-kultureller Dienstleistungen im öffentlichen Sektor im Bereich der Kindererziehung, der schulischen und beruflichen Ausbildung und Qualifikation, dem Gesundheitswesen, der Altenbetreuung, der sozialen, sportlichen, kulturellen und sonstigen Freizeitaktivitäten erforderlich.
Wir wollen die Entwicklung des Dienstleistungssektors fördern. Den lohnintensiven Dienstleistungen wollen wir helfen, attraktivere und preiswertere Angebote zu schaffen. Neben der Verbesserung der finanziellen Grundlage der Rentenversicherung wollen wir auch aus strukturpolitischen Gründen, daß die Bemessungsgrundlage des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung von der Lohn- und Gehaltssumme auf die Bruttowertschöpfung erweitert wird.
Wir wollen dazu überflüssige, behindernde Regelungen, wie beispielsweise in der Handwerksordnung, abbauen und so den Marktzugang für Dienstleistungsbetriebe erleichtern. Auch genossenschaftlichen und selbstverwalteten Unternehmen wollen wir den Start leichter machen.
Die von der öffentlichen Hand erbrachten Dienstleistungen in Teilen der Gesundheitsversorgung, bei den sozialen Diensten, bei Bildung, Ausbildung und Weiterbildung müssen ausgeweitet werden. Die öffentlichen Haushalte sind dazu entsprechend umzuschichten. Die SPD lehnt die Privatisierung dieser Dienstleistungen entschieden ab.

VIII. Steuer- und Verteilungspolitik – sozial gerecht, beschäftigungsorientiert und investitionsfreundlich

Das Rezept der Konservativen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist heute noch das gleiche wie in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre: Die Löhne senken, die Unternehmen steuerlich entlasten. Eine ungerechtere Einkommensverteilung müßte in Kauf genommen werden, dafür würde mehr investiert, würden neue Arbeitsplätze geschaffen.
Noch nie in der Nachkriegszeit wurden in so kurzer Zeit die Einkommen so drastisch von den Arbeitnehmern zu den Unternehmen und Vermögensbesitzern hin umverteilt wie während der letzten drei Jahre. Zusätzlich wurden den Unternehmen Steuererleichterungen gewährt. Das konservative Rezept hat dennoch nicht gewirkt: Nur ein Teil der kräftig gestiegenen Gewinne wurde in Sachkapital investiert, der Rest wurde für Geldvermögensanlagen und Gewinnentnahmen verwendet.

44. Die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Leistungszuwachs voll beteiligen

Wir wissen seit langem: Löhne sind nicht nur Kosten, sondern auch Kaufkraft. Rückläufige Reallöhne, wie in den letzten fünf Jahren, schwächen die Nachfrage der Arbeitnehmer und hemmen die wirtschaftliche Entwicklung. Kürzungen bei den Sozialleistungen schränken ebenfalls die Massenkaufkraft ein, zudem wirkt eine wachsende Steuerbelasung der unteren und mittleren Einkommen hemmend auf die private Nachfrage.
Die Absatzerwartungen der Unternehmen werden dadurch beeinträchtigt; es wird nicht genug investiert. Eine radikale Umverteilung der Einkommen von den Arbeitnehmern zu den Unternehmen hin ist daher ein ökonomisch untaugliches Patentrezept. Sie ist auch verteilungspolitisch problematisch, denn sie führt zu einer nicht hinnehmbaren Bereicherung der Produktivvermögensbesitzer.
Wir unterstützen daher die Gewerkschaften in ihrem Anspruch auf volle Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Leistungszuwachs. Wir fordern auch die tarifvertragliche und überbetriebliche Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Nur damit kann es gelingen, die extreme Schieflage in der Produktivvermögens-Verteilung zu korrigieren.

45. Steuerpolitik für mehr Arbeit

Wir nehmen die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben ernst. Unsere Finanzpolitik wird sich daher streng an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit orientieren. Staatliche Hilfen, die nicht mehr unbedingt notwendig sind, werden wir abschaffen. Überholte Steuerprivilegien und Subventionen werden wir streichen. Einsparungen und Steuermehreinnahmen, die daraus und durch den konsequenten Vollzug des geltenden Steuerrechts entstehen, werden wir für die Finanzierung unserer Politik für mehr Arbeit verwenden.

Vorrang hat für uns die Entlastung der unteren Einkommen. Dies ist sozial gerecht und zugleich ökonomisch geboten. Denn eine Entlastung dieser Einkommensgruppen stärkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Beschäftigung, anders als Steuerentlastungen für die Besserverdienenden, wie sie von den Konservativen angestrebt werden.
Für global steuerliche Entlastungen der Unternehmen besteht kein Anlaß, mit einer Ausnahme: Für kleine und mittlere Unternehmen soll eine befristete und steuerstundende Investitionsrücklage eingeführt werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Gewinne für größere Investitionen steuerfrei anzusammeln.
Investitionen und Kapitalanlagen in Produktivkapital wollen wir fördern durch Beseitigung steuerrechtlicher und faktischer Privilegien für andere Kapitalanlagen. Es muß erreicht werden, daß Kapital in produktive Investitionen fließt und nicht unproduktiv angelegt wird. Hierzu ist notwendig, daß insbesondere Zinserträge künftig steuerlich genauso effektiv erfaßt werden, wie heute Löhne und Gehälter oder Dividenden. Die bessere Erfassung von Kapitaleinkünften muß Hand in Hand gehen mit einer Verzehnfachung des Sparerfreibetrages für Zinserträge auf 3 000/6 000 DM (Ledige/Verheiratete).
Unser grundsätzliches steuerpolitisches Ziel lautet: Weniger steuerliche Ausnahmen und dafür sozial gerechte niedrigere Steuertarife.

IX. Globalsteuerung wieder anpacken

Die Konservativen propagieren und praktizieren eine einseitige Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik. Danach haben die Steuerpolitiker einseitig für Steuernachlässe zugunsten der Wirtschaft und höherer Einkommen, die Bundesbank für Geldwertstabilität und die Tarifparteien für Beschäftigung zu sorgen. Diese Politik ist ursächlich verantwortlich für die Schwäche der konjunkturellen Erholung seit Ende 1982 und für die Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit. Ohne die Exporterfolge der letzten Jahre wäre der völlige Fehlschlag dieser Politik noch deutlicher geworden.
Steuererleichterungen für die Unternehmen, Lohnzurückhaltung und steigende Gewinne schlagen sich nur beschränkt in mehr Investitionen nieder, wenn gleichzeitig die Zinsen real hoch bleiben und damit die Unternehmen zu Investitionen in Finanzanlagen statt in Sachkapital anregen. Unternehmen werden nicht mehr Sachkapital bilden, wenn der Staat gleichzeitig ihre Absatzerwartungen beeinträchtigt, durch Beschneidung der Masseneinkommen oder durch Kürzungen seiner Investitionen. Die wirtschaftspolitische Rollenzuweisung der Konservativen ist deshalb falsch.

46. Informationen und Vorausschau verbessern

Um die staatliche Wirtschaftspolitik rational gestalten zu können, ist eine wesentliche Verbesserung der Information erforderlich. Die statistische Basis nach Sektoren und Regionen einschließlich des EG-Bereichs muß ausgebaut und vergleichbar gemacht werden. Darüber hinaus ist zur Abschätzung zukünftiger Entwicklungen die Erfassung der öffentlichen und privaten Plandaten erforderlich, wobei nur die strukturbestimmenden Planungen der öffentlichen Hände und der Unternehmen, besonders der Großunternehmen, erfaßt werden sollen, damit eine sinnvolle Rahmenplanung ermöglicht wird.
Die Planungsinitiativen und die Durchführung der Planungsentscheidungen sind Aufgabe der dezentralen öffentlichen und privaten Organisationseinheiten. Damit bleiben sinnvolle marktwirtschaftliche Prozesse unberührt, andererseits aber werden die Zukunftsstrukturen für rationale demokratische Diskussion in den Parlamenten und den überbetrieblichen, aber auch den betrieblichen Mitbestimmungsgremien zugänglich.

47. Handlungsspielräume nutzen

Wir wissen: Unser nationaler Handlungsspielraum für eine Globalsteuerung ist wegen der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung begrenzt. Aber die Spielräume sind größer, als heute zugegeben wird. Wir streben an, sie noch auszuweiten durch enge Kooperation in der Europäischen Gemeinschaft und durch Absprachen mit unseren außereuropäischen Partnern mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
Wir Sozialdemokraten werden aber auch national die Möglichkeiten der gesamtwirtschaftlichen Nachfragesteuerung ausschöpfen. Solche Globalsteuerung setzt auf die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft, Tarifparteien und Deutscher Bundesbank.
Wir streben an, Finanzpolitik, Geldpolitik und Einkommenspolitik so aufeinander abzustimmen, daß ein deutliches Mehr an Beschäftigung möglich wird. Zu den vordringlichen Aufgaben gehört es, die weltweiten Bemühungen um einen Zinsabbau nachhaltig zu unterstützen.
Wir wissen: Globalsteuerung löst nicht alle Probleme; ein Verzicht auf Globalsteuerung aber verschärft die Probleme.

X. Wir werden den Sozialstaat entschlossen verteidigen

Der Sozialstaat hat in der Bundesrepublik Deutschland Verfassungsrang. Er ist damit auch ein tragendes Element unserer Wirtschaftsordnung. Soziale Sicherung gegen die großen Lebensrisiken, verläßliche Arbeitnehmerrechte und soziale Dienste für den Menschen sind seine Eckpfeiler.
Die von Konservativen und Wirtschaftsliberalen ideologisch geführte Offensive gegen die soziale Sicherung und gegen gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer ist nichts anderes als Klassenkampf. Klassenkampf von oben. Unter dem Druck der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit und unter dem Vorwand, durch den Abbau der Arbeitnehmerrechte sei die Vollbeschäftigung wieder herzustellen, werden die im solidarischen Kampf von Gewerkschaften und Sozialdemokraten durchgesetzten Sicherungs- und Schutzrechte der Arbeitnehmer abgebaut. Die Arbeitskraft, so das Ziel, soll wieder zur Ware werden.
Die Rahmenbedingungen der Sozialpolitik haben sich im letzten Jahrzehnt verändert. Konservative und Wirtschaftsliberale haben darauf mit einer Aushöhlung des Sozialstaats reagiert. Wir Sozialdemokraten sind dagegen für strukturverändernde Reformen. Statt eines Abbaus wollen wir einen Umbau, der den Sozialstaat gerechter, besser und sicherer macht. Wir werden den Sozialstaat entschlossen verteidigen. Denn wir wissen: Der soziale Friede stellt eine Produktivkraft dar. Die Erfahrung zeigt, daß er auch Voraussetzung für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg ist.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 – 9-86 – A1 – 70
Bestell-Nr. 200 114 – ISSN 0170-007758

Weitere Informationen:

Politik Nr. 8:
Unser Weg zu Abrüstung und Frieden
Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 104, Preis: 25 Pf

Politik Nr. 9:
Nürnberger Aktionsprogramm:
Massenarbeitslosigkeit überwinden,
die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern
Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 114, Preis: 40 Pf

Politik Nr. 10:
Gerechte Steuern
Beschluß zur Finanzpolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 124, Preis: 15 Pf

Politik Nr. 11:
Die Zukunft sozial gestalten
Beschluß zur Sozialpolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 134, Preis: 30 Pf

Politik Nr. 12:
Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft
Beschluß zur Energiepolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 144, Preis: 15 Pf

Politik Nr. 13:
Kurswechsel für Leben und Umwelt - für die
ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft
Beschluß zur Umweltpolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 154, Preis: 25 Pf

Politik Nr. 14:
Gleiches Recht für die Frauen
Beschluß zur Gleichstellungspolitik der SPD
Parteitag in Nürnberg 25. - 29. August 1986
Bestell-Nr. 200 164, Preis: 15 Pf

Johannes Rau:
Der Auftrag der SPD. Mut zur Verantwortung.
Rede auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg am 28.8.1986.
Din A5, 32 Seiten, Bestell-Nr. 390 865, Preis: 10 Pf

Die Lehren aus Tschernobyl: von der Energie- zur Reform-
Zwischenbericht der Kommission "[illegible]
ohne Atomkraft". Bestell-Nr. 320 [illegible]